Gesetz
über eine Änderung des Kinder- und Jugendgesetzes

Der Landtag hat beschlossen:


1. Im § 12 Abs. 1 entfällt die lit. a; die bisherigen lit. b und c werden als lit. a und b bezeichnet.

2. Im nunmehrigen § 12 Abs. 1 lit. a entfällt der Ausdruck „ab dem vollendeten 12. bis zum vollendeten 14. Lebensjahr“.


4. Im § 16 Abs. 1 entfällt nach dem Wort „Jugendlichen“ der Beistrich sowie der Ausdruck „die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben“.

5. Im § 16 Abs. 2 lit. b wird die Wortfolge „gebrannte alkoholische Getränke oder solche enthaltende Mischgetränke“ durch den Ausdruck „Getränke, die gebrannten Alkohol enthalten“ ersetzt.

6. Nach dem § 16 Abs. 2 wird folgender Abs. 3 eingefügt:

„(3) Kinder und Jugendliche dürfen Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse nicht erwerben, besitzen oder konsumieren.“

7. Im § 16 werden die bisherigen Abs. 3 und 4 als Abs. 4 und 5 bezeichnet.

8. Im nunmehrigen § 16 Abs. 4 entfällt die Wortfolge „sowie Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse“.

9. Im nunmehrigen § 16 Abs. 4 lit. b wird die Wortfolge „gebrannte alkoholische Getränke oder solche enthaltende Mischgetränke“ durch den Ausdruck „Getränke, die gebrannten Alkohol enthalten“, ersetzt.

10. Im § 21 Abs. 2 wird nach dem Ausdruck „§ 16 Abs. 3“ jeweils der Ausdruck „und 4“ eingefügt.

11. Nach dem § 23 wird folgender § 24 eingefügt:

„§ 24“

Inkrafttretensbestimmung zur Novelle LGBl.Nr. xx/2018

Bericht zur Regierungsvorlage

I. Allgemeines:
1. Ziel und wesentlicher Inhalt:
Erst kürzlich gab es eine umfangreiche Novelle des Kinder- und Jugendgesetzes (LGBI.Nr. 16/1999, zuletzt geändert durch LGBI.Nr. 26/2017), die in einem breiten Beteiligungsprozess erfolgte.
Mit dem vorliegenden Entwurf sollen in Umsetzung der Beschlüsse der LandesjugendreferentInnenkonferenz vom 31. März 2017 und 20. April 2018 insbesondere folgende Änderungen vorgenommen werden:
- Anpassung der Zeiten über den Aufenthalt an allgemein zugänglichen Orten für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahr (§ 12)
- Anhebung des Schutzzalters für Rauchen auf 18 Jahre und Anpassung der Definition für „harten Alkohol“ (§ 16)
- Inkrafttreten dieser Regelungen mit 1. Jänner 2019 (§ 24)

2. Kompetenzen:
In kompetenzrechtlicher Hinsicht stützt sich der Entwurf auf Art. 15 Abs. 1 B-VG.

3. Finanzielle Auswirkungen:


4. EU-Recht:
Das Recht der Europäischen Union enthält keine Bestimmungen, die den vorgeschlagenen Änderungen entgegenstehen.

5. Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche:
Kinder und Jugendliche sind bei der Prävention des Tabakkonsums die wichtigste Zielgruppe, denn der Einstieg in den Tabakkonsum liegt zumeist vor dem 18. Lebensjahr: aus der ESPAD – Schülerbefragung


Vor diesem Hintergrund zielt die Erhöhung des Schutzalters für Tabakprodukte darauf ab, den Schutz der Jugendlichen vor gesundheitlichen Schädigungen bzw. in Bezug auf die Verringerung des Suchtpotentials zu verbessern.

6. Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Nach der Richtlinie (EU) 2015/1535 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft hat eine Notifikation zu erfolgen.

II. Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Z. 1 bis 3 (§ 12 Abs. 1):

Aufgrund des oben angeführten Beschlusses der LandesjugendreferentInnenkonferenz vom 31. März 2017 über die Einrichtung einer Länder-Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Jugend(schutz)gesetze für Ausgehzeiten und Alkohol wurde die Bundesjugendvertretung (BJV) gebeten, einen diesbezüglichen Vorschlag zu erstellen. In Bezug auf die Ausgehzeiten von Kindern und Jugendlichen ohne Begleitperson schlug die BJV folgende Regelung vor:

- bis 14 Jahre: 23.00 Uhr
- 14 bis 16 Jahre: 1.00 Uhr
- ab 16 Jahren: frei

Mit Beschluss der LandesjugendreferentInnenkonferenz vom 20. April 2018 sollen die Jugend(schutz)gesetze der Bundesländer gemäß dem Vorschlag der BJV harmonisiert werden.

In Umsetzung dieses Beschlusses soll daher die Regelung über den Aufenthalt an allgemein zugänglichen Orten nur noch zwischen Kindern und Jugendlichen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr differenzieren. Im Sinne einer einfachen Anwendung für alle Beteiligten (Erziehungsberechtigte, Kinder und Jugendliche, PädagogInnen, LokalbetreiberInnen, etc.) soll es nur mehr zwei relevante Zeitpunkte, nämlich 23.00 Uhr und 1.00 Uhr, geben.

Die bisher bestehende Regelung für Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr soll entfallen; diese Gruppe fällt nunmehr unter die Regelung für Kinder, also Personen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (siehe § 2 Abs. 1), die sich bis 23.00 Uhr an allgemein zugänglichen Orten aufhalten dürfen.

Für Kinder bis 14 Jahre war keine Änderung notwendig, da die bisherige Regelung mit dem Vorschlag der BJV übereinstimmt.

Bezüglich Jugendlicher bis zum vollendeten 16. Lebensjahr soll die zulässige Ausgezeiten von 24.00 Uhr auf 1.00 Uhr erhöht werden.

Zu Z. 4 (§ 16 Abs. 1):

Das bisherige Verbot, Kindern und Jugendlichen, die das 16. Lebensjahr nicht vollendet haben, Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse anzubieten, weiterzugeben oder zu überlassen, soll auf Jugendliche ausgeweitet werden, die das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben.

Nachdem Personen, welche das 18. Lebensjahr vollendet haben, nach dem Kinder- und Jugendgesetz keine Kinder oder Jugendlichen mehr sind (vgl. § 2 Abs. 1), wird im Sinne einer besseren Verständlichkeit auf eine altersbezogene Formulierung im Gesetzentext verzichtet.
Zu Z. 5 und 9 (§ 16 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 lit. b):


Inhaltlich geht damit keine Änderung einher. Gebrannter Alkohol ist sowohl in Spirituosen (die Alkoholika selbst werden nicht gebrannt, sondern enthalten gebrannten Alkohol) als auch in Mischprodukten mit Spirituosen enthalten; so sind von der neuen Definition beispielsweise weiterhin sogenannte „Alkopops“ umfasst.


Zu Z. 6 bis 8 (§ 16 Abs. 3 bis 5):


Verwiesen wird an dieser Stelle auf § 21 Abs. 2, wonach eine Übertretung nach Abs. 3 und 4 durch Kinder und Jugendliche nur dann vorliegt, wenn sie in der Öffentlichkeit begangen wird.

Zu Z. 10 (§ 21 Abs. 2):

Die Änderungen erfolgen aufgrund der Einführung des neuen § 16 Abs. 3 und der Neubezeichnung des bisherigen § 16 Abs. 3 als Abs. 4.

So soll nunmehr durch den Verweis auf den neuen § 16 Abs. 3 der Erwerb, Besitz und Konsum von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen durch Kinder und Jugendliche nur dann eine Übertretung darstellen, wenn sie in der Öffentlichkeit begangen wird. Im privaten Umfeld ist ein Verstoß zwar rechtswidrig, soll aber keiner Sanktion unterliegen.

Zu Z. 11 (§ 24):